

**10817/AB**  
Bundesministerium vom 19.07.2022 zu 11064/J (XXVII. GP)  
**Finanzen**

Dr. Magnus Brunner, LL.M.  
Bundesminister für Finanzen

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Johannesgasse 5, 1010 Wien

---

Geschäftszahl: 2022-0.373.157

Wien, 19. Juli 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 11064/J vom 19. Mai 2022 der Abgeordneten Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen beeheire ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 7.:

Bei dem in der parlamentarischen Anfrage als „EU-Verordnung zur Chatkontrolle“ bezeichneten Vorschlag handelt es sich um einen Verordnungsvorschlag zur wirksameren Verhinderung und Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs. Dieser Verordnungsvorschlag wurde von der Europäischen Kommission am 11. Mai 2022 vorgelegt. Die Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs stellt eine der Prioritäten der Europäischen Union dar. Der Verordnungsvorschlag ist eine der Folgemaßnahmen der EU-Strategie für eine wirksamere Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern, die von der Europäischen Kommission am 24. Juli 2020 präsentiert wurde.

Die Prüfung und die Behandlung des Vorschlages läuft derzeit in der Ratsarbeitsgruppe Strafverfolgung. Österreich setzt sich dafür ein, dass der Verordnungsvorschlag verhältnismäßige Maßnahmen und starke Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der

Grund- und Freiheitsrechte sämtlicher Betroffenen enthält. Der Schutz personenbezogener Daten ist wesentlich.

Darüber hinaus wird auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr.11057/J durch den Bundesminister für Inneres verwiesen.

Der Bundesminister:  
Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt

